

Horror-Inflation, Energie- und Versorgungskrise 2021/22 in Deutschland – sind Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg wirklich die Hauptschuldigen?

geschrieben von Chris Frey | 20. April 2022

Ein Dunkles Zeitalter der Unsicherheit, des Wohlstandsverfalls und der Krisen hat nun endgültig begonnen

Stefan Kämpfe

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie im zeitigen Frühjahr 2020 herrscht Dauer-Ausnahmestand. Lebensqualität, soziale Kontakte und die Wirtschaft leiden massiv; das Leben wurde immer unfreier, unsicherer und unbezahlbarer – doch mit dem Beginn des Ukraine-Krieges verschlimmerte sich die Lage enorm. Dabei sind der Politik und den Massenmedien diese Krisen höchst willkommen – sie lenken von eigenen Versäumnissen und Unzulänglichkeiten ab, stiften Angst, Verwirrung und ein überzogenes Sicherheitsbedürfnis, was ausgenutzt wird, unsere Freiheiten weiter einzuschränken und uns mehr zu gängeln, als je zuvor. Doch die schrecklichen Ereignisse der 2020er Jahre sind nur der Auslöser und nicht die Hauptursache einer verhängnisvollen Entwicklung, welche schon in den 1980er Jahren begann.

Die Corona-Krise, der Ukraine-Krieg und die auf Silber basierende Lichtbild-Fotografie

Vor der Digitalfotografie dominierte die auf lichtempfindlichen Silbersalzen (Silberhalogenide) basierende Fotografie: Man belichtete den Film, anschließend entwickelte und fixierte man diese vorher nur latent vorhandenen Aufnahmen. Der Entwickler fungierte als Verstärker des latenten Bildes. So ähnlich muss man sich den Ablauf unserer aktuellen Krise vorstellen: Das Bild dieser schlechten Welt mit all ihren Mängeln entstand schon vorher – Corona-Krise und Ukraine-Krieg sind nur der Entwickler – sie machen all die Versäumnisse und die falschen, politischen Weichenstellungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte sichtbar.

Inflation ist Greenflation – aber neben den Krisen, den Grünen oder Greta gibt es noch viele andere Preistreiber, besonders den deutschen Staat und die EU

Schon die Einführung des Euro Anfang 2002 startete den Verfall. Denn nun erhielten wirtschaftsschwache und -starke Staaten eine Einheitswährung; sie konnten nicht mehr auf Wirtschaftsschwankungen mittels Ab- oder Aufwertung reagieren. Die Fehler der vorschnellen D-Mark-Einführung (Juli 1990, DDR) wiederholten sich. Für wirtschaftsschwache Länder wie Griechenland war diese Einheitswährung viel zu stark und zu hart, für wirtschaftsstarke zu schwach und zu weich. Und die Spatzen piffen es schon von den Dächern: Die an den Euro geknüpften Konvergenzkriterien würden ständig verletzt und aufgeweicht werden – keinesfalls nur von Südeuropa, auch von Deutschland. Mit dem offenen Ausbruch der Finanzkrise 2008, vor der viele Experten vergeblich warnten, zeigten sich die ganzen Mängel der Euro-Kratie; an den Folgen leiden wir bis heute. Es wurden durch die Europäische Zentralbank (EZB) enorme Geldmengen zur „Rettung“ der Banken, bankrotter Südstaaten und der Wirtschaft in Umlauf gebracht, was die aktuelle Inflation mit vorbereitete: Geldentwertung, negative Zinsen, Millionen Kleinsparer werden mit Null-Zinsen und Verwarentgelten oder Gebührenerhöhungen für ihre Giro-Konten abgestraft, während die Wohlhabenden weiter an der Börse zocken, als sei nichts passiert. Die Reformunwilligkeit des Bürokratie-Monsters EU, welches nach dem „Brexit“ geschwächt ist, verschlimmert diese Lage weiter. Auch die Einführung des Mindestlohns steigerte die Preise. Ein weiterer Hauptprofiteur der Negativ-Zinsen aber ist der Staat, einer der schlimmsten Inflationstreiber überhaupt, der mit Erfindung immer neuer Steuern, Gebühren und Abgaben (Öko- und CO2-Steuern, EEG-Umlage), den Preisauftrieb anheizt. Schulden machen und nie begleichen – das ging nimmer so einfach wie heute. Da kann man sich als Wirtschaftsminister stolz mit der „Schwarzen Null“ brüsten – nur die Negativzinsen machen's möglich. Nun zu den Grünen, Fridays for Future (Greta & Co.), der Deutschen Umwelthilfe und weiteren Umweltorganisationen. Deren ständiges Trommelfeuer für noch mehr Klima- und Umweltschutz kommt uns teuer zu stehen, denn die Energiewende und alle Umweltauflagen helfen kaum der Umwelt, kosten aber Unsummen und verbürokratisieren unseren eh schon schweren Alltag weiter. Am Beispiel der Nahrungsmittel sei das kurz erläutert. Die ineffektive Umweltbürokratie schaffte es bislang nicht, den Boden zu schützen. Trotz aller Phrasen unserer Politiker zur ökologischen Wende und zum Klimaschutz werden in Deutschland jeden Tag noch immer etwa 58 Hektar, das sind stattliche 580.000 Quadratmeter (die Fläche von fast 1.500 Kleingärten) versiegelt und so auch der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Schon vor Kriegsbeginn in der Ukraine hatten sich nahezu alle Grundnahrungsmittel wie Backwaren, Butter, Eier und Fleisch, stark verteuert. Der zunehmende Anbau von Rohstoffen für Bio-Energien wie Rapsöl und Mais für Bio-Gas, entzieht der Nahrungsmittelproduktion Flächen. Dabei ist die Energieausbeute derartiger „Bio-Kraftstoffe“ äußerst bescheiden – der Energieverbrauch für ihre Produktion liegt

meist bei 70 bis 90% des Energieertrages. Die Energiewende beansprucht ebenfalls immer mehr landwirtschaftliche Flächen (Wind- und Solarparks). Außerdem ist Landwirtschaft sehr energieintensiv (Transport, Düngemittel, Weiterverarbeitung...). Die steigenden Energiepreise wirken also als wesentlicher Kostentreiber. Und der Bio-Landbau, der sich in den letzten Jahrzehnten ausdehnte, erwirtschaftet in etwa nur die Hälfte der konventionellen Ernteerträge, was zur Verknappung und Verteuerung der Nahrungsmittel wesentlich beiträgt. Die im Bereich der Landwirtschaft besonders üppige EU-Bürokratie und immer strengere Umweltauflagen behindern die Arbeit der Landwirte und verteuern die Produktion.

Ähnliches gilt für alle Konsumgüter – immer strengere Umweltauflagen erhöhen die Preise, seien es nun übertriebene Abgas-Normen für Autos, Feinstaub-Verordnungen, Plastik-Verbote oder Auflagen zur Müllvermeidung und Mülltrennung, welche ihre Ziele oft verfehlen. So bleibt unverständlich, wieso auf Bierflaschen und Getränkedosen Pfand erhoben wird, aber Wein-, Sekt- und Schnapsflaschen sowie Plastik-Kaffee-Becher davon befreit sind und überall die Landschaft „zieren“ – die Winzer-Lobby im Bundestag und die einflussreiche Verpackungsindustrie lassen grüßen... . Welche Maßnahmen könnten die Inflation wenigstens mildern? Kurzfristig Zinserhöhungen, die Abschaffung der EEG-Umlage und eine Mehrwertsteuersenkung. Mittelfristig das Bemühen um viel preiswertere Energie; hierzu würden auch eine Laufzeitverlängerung der Kern- und Kohlekraftwerke sowie Fracking im eigenen Land beitragen; dazu eine stärkere Förderung und Wertschätzung der Konventionellen Landwirtschaft. Langfristig Abbau der Bürokratie und Ausbau der verlotterten Infrastruktur, damit Güter preiswert und zuverlässig zu den Verbrauchern gelangen, Erleichterungen für Unternehmensgründer sowie eine Behebung des Fachkräftemangels.

Menetekel des Scheiterns: Die Deutsche Energiewende

Keine Politikerin wird mehr mit der Energiewende in Verbindung gebracht, als Angela Merkel (Fukushima, 2011). Doch die Energiewende begann schon mit der Förderung der Erneuerbaren Energien im Jahr 1990. Im Jahr 2000 wurde sie dann mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz fest verankert. Seitdem schossen Windkraftanlagen (WKA) wie die Pilze aus dem Boden; heuer verschandeln über 30.000 davon die Landschaft, ohne jedoch zuverlässig und ausreichend Strom liefern zu können. Fast 2 Millionen Solaranlagen prangen im oft allzu trüben Deutschland auf den Dächern; riesige Solarparks verspiegeln zusätzlich ganze Landstriche – aber sie alle liefern viel zu selten, zu wenig, zu chaotisch sowie zu teuer Strom – Näheres dazu unter anderem [hier](#) und [hier](#). Folgende Hauptprobleme machen die Energiewende unmöglich:

Viel zu großer Platzbedarf bei zu geringer Energiedichte – siehe auch die Ausführungen zur Nahrungsmittel-Problematik.

Fehlende oder zu teure, ineffiziente Speichermöglichkeiten. Das gilt

auch (und besonders!) für die in letzter Zeit so favorisierte Wasserstoff-Technik..

Kurzfristige Undurchführbarkeit. Selbst, wenn ausreichend Geld und Platz für eine Verzehnfachung der Anzahl der Wind- und Solarparks verfügbar wären, so mangelt es ganz massiv an Rohstoffen zur Errichtung – vor allem aber an den benötigten Ingenieuren und Arbeitskräften. Nach groben Schätzungen sollen in Deutschland bis 2026 etwa 100.000 Ingenieure fehlen (Quelle: welt.de, bei ungünstigen Voraussetzungen könnten auch noch deutlich mehr fehlen). Hinzu kämen enorme Aufwendungen für den landesweiten Netzausbau.

Während konventionelle Kern-, Kohle- und Gaskraftwerke bei vertretbarem Wartungsaufwand oft 3 bis 4, teilweise sogar über 6 Jahrzehnte betrieben werden können, ist der Verschleiß der Wind- und Solaranlagen enorm groß (Witterung!), so dass sie selten länger als 2 Jahrzehnte halten – die WKA erweisen sich, besonders off-shore, als enorm wartungsintensiv, während die Leistungsabgabe der Solarpaneele alterungsbedingt von Jahr zu Jahr sinkt.

Große Umweltschädlichkeit (Vogel- und Insektensterben sowie Infraschall durch Windräder, Umweltzerstörung durch die Rohstoffgewinnung, meist ungeklärte Entsorgung der Altanlagen; Klimaerwärmung/Klimabeeinflussung durch Wind- und Solaranlagen); Näheres dazu unter anderem [hier](#) und [hier](#).

Der Begriff Energiewende entpuppt sich als Euphemismus, denn trotz gewaltiger Anstrengungen stammten 2021 nur etwa 16% der in Deutschland verbrauchten Energie aus „erneuerbaren“ Quellen; betrachtet man nur Wind- und Solarenergie, so deckten diese nur gute 5% des Primärenergieverbrauchs; und viele der übrigen „erneuerbaren“ Quellen wie Biomasse, Wasserkraft oder Müllverbrennung, sind nicht mehr weiter ausbaubar. Der Hauptgrund für dieses Desaster findet sich in den Bereichen Verkehr, Heizung und Industrie, welche ganz überwiegend mit Erdgas, Öl und Kohle betrieben werden und entweder gar nicht, oder nur zu sehr hohen Kosten und über sehr lange Zeiträume, auf „Erneuerbare“ Energien umgestellt werden können. Die Physik kennt keine erneuerbare Energie – nach den beiden Hauptsätzen der Energieerhaltung und Thermodynamik können Energieformen nur ineinander umgewandelt werden, wobei der Wirkungsgrad der Umwandlung stets mehr oder weniger deutlich unter 100% liegt.

Auch das gerade von Eliten, Besserverdienern und grünen Schlaumeiern immer wieder favorisierte Energiesparen hat Grenzen, weil LED-Technik und hocheffiziente Geräte, Fahrzeuge oder Maschinen hier schon nahezu alles Machbare leisten. Blieben staatlich verordnete Verbrauchsverbote, von denen unsere Bonzen und Besserverdiener dann aber selbstverständlich befreit sein werden.

Neue Technik, wie etwa die Kernfusion, welche die Energiewende retten könnten, sind weit außer technisch-ökonomischer Reichweite; Näheres

[hier.](#)

Angela Merkel als Physikerin können die Mängel und Risiken der Energiewende nicht unbekannt gewesen sein – wissentlich hat sie sich also, zum Schaden Deutschlands und vor allem der Verbraucher, falsch entschieden.

Machtbesessen, ideenlos, inkompetent, alternativlos und im ideologischen Gleichschritt – die deutsche Politik

Donald Trump, Wladimir Putin, Xi Jinping und Lukaschenko wurden und werden uns gern als abschreckend präsentiert – doch wie steht es um die deutsche Politik? Zunächst ein paar Daten, welche Deutschlands graues Mittelmaß im Ranking der lebenswertesten Länder belegen. Strompreishöhe: Hier teilt es sich den unrühmlichen Spitzenplatz mit Dänemark und Bermuda. Aber Letzteres ist wärmer – Frieren im Winter und „für die Ukraine oder den Klimaschutz“ fällt dort weg. Korruptionsindex: Passabler 10., aber kein Spitzenplatz. Sicherheit (Global Peace Index 2021): Nur Platz 18, führend sind Island, Neuseeland und Dänemark. Bildung: Nach dem OECD-Betterlifeindex Rang 15, weit hinter Finnland, Australien, Schweden und Estland. Recht dürftig für ein Rohstoffarmes, meist kaltes Land. Bruttonationaleinkommen pro Kopf: Platz 22, weit hinter der Schweiz, Norwegen, den USA oder Dänemark. Steuerbelastung: Teurer Rang 3. Insbesondere die hohen Sozialbeiträge führen zu einer großen Belastung der Einkommen. Nur die Belgier und Österreicher zahlen noch mehr. Umweltfreundlichkeit: Trotz des grün-religiösen Eifers wird ein Spitzenplatz verfehlt – es bleibt Rang 10; führend sind hier Dänemark, Luxemburg und die Schweiz. Qualität der Infrastruktur: Nach dem Infrastrukturindex von 2016 mäßiger Rang 8 weit hinter Hongkong oder den Niederlanden. Ranking der 20 besten Länder zur Gründung eines Unternehmens nach dem Best Countries Ranking 2021: Hier hat Deutschland die Rote Laterne – also Platz 20. Es führen Singapur, Indonesien und Mexiko, die USA, Malaysia und Indien. Im so wichtigen Technik-Ranking der innovativsten Länder bleibt uns ein mäßiger Rang 10 – Dank des (noch) guten Maschinenbaus und des Mittelstandes. Sehr schlecht schneidet Deutschland bei der Digitalisierung ab. Fazit: Es lebt sich hier nicht ganz schlecht, aber auch nicht gerade hervorragend, und die Tendenz ist deutlich fallend. Dieses selbstzufriedene, graue, schwammige Mittelmaß führt uns direkt in die Tiefen der deutschen Politik. Der Abstieg begann schon in der Ära Helmut Kohls, welcher 1982 mit Hilfe der FDP die Macht ergriff und quälende 16 Jahre regierte. Die Wiedervereinigung fiel ihm in den Schoß, aber sonst galt er als machtbesessen, reformunwillig und wegen der „Bimbes“- und schwarze-Kassen-Affären umstritten. Ihm folgte Machtmensch Schröder, der „Basta-Kanzler“, welcher Vieles anders, aber Weniges besser machte; immerhin verschaffte seine umstrittene, aber recht wirkungsvolle Hartz-IV-Reform der arg gebeutelten deutschen Wirtschaft eine gewisse Atempause; in Erinnerung blieb er aber als „der Gasableser Putins“. In seine Zeit fällt auch das für uns Verbraucher verheerend wirkende „Erneuerbare-

Energien-Gesetz“. Der beschleunigte Abstieg aber setzte mit der ebenfalls 16-jährigen Ära Merkel ein. Alle Probleme wurden ausgesessen und in die Zukunft verschoben, alle Nebenbuhler um die Macht gnadenlos weggebissen. Wie die Glücke auf den Eiern, so glückte Deutschlands erste Kanzlerin auf der Macht, während Infrastruktur, Bundeswehr, Gesundheits- und Bildungssystem zunehmend verfielen, Flüchtlinge das Land überrannten, die aber leider nicht integriert wurden, und der Arbeits- oder Fachkräftemangel immer bedrohlichere Züge annahm. Als „Klimakanzlerin“ ließ sie sich medienwirksam von Greta und anderen geistig minderbemittelten beraten. Sie versprach vollmundig eine Million E-Autos auf deutschen Straßen schon für 2020 – und scheiterte kläglich an der physikalisch-technisch-energetischen Realität. Die seit Dezember 2021 regierende Ampel-Koalition markiert den vorläufigen Tiefpunkt der deutschen Politik; besonders mit der Galionsfigur des Krankheitsministers, Panikmachers und Angsttrompeters Karl Lauterbach – kann es ein „noch schlechter“ geben? Man muss es befürchten. Denn alle größeren, zur Wahl stehenden Parteien wirken wie das Angebot in einem schlechten Supermarkt: Alle ähneln sich, sind qualitativ schlechtes Mittelmaß, ideologischer Mainstream, und sie kosten (uns) annähernd gleich viel. Auch die Alternative für Deutschland (AfD) ist keine wirkliche. Unter Bernd Lucke 2013 mit sehr guten Ansätzen gestartet, zerfleischte sich diese Partei schon bald in ideologischen und machtpolitischen Grabenkämpfen. Anstatt Frau Merkel zu jagen, wurde sie selbst zur Gejagten. Blicke Friedrich Merz, nun Oppositionsführer im Bundestag. Nachdem Frau Merkel den angeblich unsinkbaren Luxusliner CDU vor den Eisberg rammte, ereilt ihn möglicherweise das Schicksal des Titanic-Kapitäns Smith. Ob und wie er die einst stolze Volkspartei retten kann, bleibt fraglich. Werfen wir noch einen Blick auf einige dringend notwendige, von diesen Parteien aber wohl nicht zu leistende Maßnahmen und Reformen:

Gebiets- und Verwaltungsreform, 16 Bundesländer sind einfach zu viele, und ihre Macht ist zu groß.

Regierungsreformen, unter anderem eine merkliche Verkleinerung der Abgeordneten-Zahl des Bundestages, eine zeitliche Begrenzung der Kanzlerschaft auf max. 8 Jahre (wie USA) und des Abgeordneten-Daseins auf höchstens 20 Jahre, eine leistungsbezogene Bezahlung der Politiker (schwierig, aber machbar!), stärkere Beschränkung des Einflusses von Lobby-Gruppen; konsequentere Korruptionsbekämpfung und stärkere Kontrolle der Abgeordneten und der Parteien durch unabhängige Institutionen.

Gesundheits-, Sozial- und Rentenreform mit anderen Ideen, als ständigen Beitragserhöhungen; Zügelung der Pharma- und Apothekerlobby (Kostendämpfung).

Umfassender Bürokratieabbau und Steuerreformen, vor allem Steuervereinfachungen.

Deutliche Verkleinerung des üppigen, tendenziösen, verfilzten und verknöcherten Staatsfunks; Abschaffung der Zwangsgebühren.

Bildungsreform und Vereinheitlichung der Bildungsstandards.

Eine Infrastruktur- und Technik-Offensive, umfassende Sanierung besonders der zahllosen, defekten Straßen, Brücken und Schienen, beschleunigte Digitalisierung.

Bundeswehr-Reform; Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, und zwar im Zuge der Gleichberechtigung für Frauen und Männer.

Auch Europa und die EU bedürften umfassender Reformen und Vereinfachungen; darauf kann aber hier nicht näher eingegangen werden.

Mit den privilegierten, überversorgten, grauen, lahmen, mittelmäßigen, an den grün-faden Mainstream angepassten Berufspolitikern, welche oft Rechts- oder Politikwissenschaften studierten und denen wirkliche Lebenserfahrung meist fehlt, kann man Schönwetterphasen halbwegs aussitzen. In Krisenzeiten aber versagt diese an Parteidisziplin und Ideologie gefesselte lebensferne Nomenklatura der Duckmäuser und Anpasser kläglich. Vielleicht hat das saturierte, vom Dauer-Wohlstand verweichlichte und bestenfalls zu Turnhallen-Revolutionen fähige deutsche Volk auch keine besseren Politiker verdient. Auch die oft so genannte „Friedliche Revolution“ (DDR, 1989) war keine Revolution, sondern bloß eine viel zu späte, auch vom Strauß-Kredit verzögerte Abkehr von einem bankrotten, nicht funktionierenden Sozialismus. Man wollte Recht und Freiheit, bekam aber den Rechts- und Nanny-Staat, der stets Recht hat, auch nur alle bevormundet, bespitzelt und nun selbst vor dem Bankrott steht.

Die deutschen Medien – (kein) Machtregulativ und Kontrollorgan?

Kennen Sie den: Ein Medienvertreter vor Gericht. Der Richter sagt: „Schwören Sie, die Wahrheit zu sagen, die Wahrheit, und nichts als die Wahrheit.“ Antwortet der Zeitungsmann: „Aber Herr Richter, das geht nicht – ich bin Journalist!“ Doch warum kommt der Journalismus immer häufiger mit der Wahrheit in Konflikt? Erstens sind es politische und wirtschaftliche Verquickungen – es gilt das altbekannte Lied „Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing' “. Zeitungen und Sender gehören fast stets größeren Verlagshäusern oder Medienkonzernen, sind von Werbeeinnahmen und Einschaltquoten oder politischen Machthabern (Staatsfunk) abhängig. Zweitens schwimmt es sich einfacher (und lukrativer!) mit dem Strom, als gegen ihn. Drittens fehlt es bei komplexeren Themen, wie etwa den Naturwissenschaften, Energie und Technik, oft am dafür erforderlichen Fachwissen. Viertens gestalten sich Recherchen oft sehr mühsam und teuer. Da übernimmt man lieber die oft halbgaren Brocken der Nachrichtenagenturen, oder einer schreibt vom anderen ab. Fünftens möchte man als Gutmensch zu gerne mit der Feder, der Kamera oder dem

Mikrofon die Welt verbessern. So wird dann etwa die Energiewende überschwänglich-unkritisch bejubelt, das Wald- und Insektensterben sowie der Klimawandel dramatisiert, Greta als neue Heilige des 21. Jahrhunderts gefeiert oder verschwiegen, dass der angeblich „ach so gute Selenskyj“ ja auch Millionär und in Sachen Korruption nicht unumstritten ist. Sechstens gilt der Satz „Only bad News are good News“ – man weidet sich an jeder Krise, welche neue Schlagzeilen liefert und Sendezeit füllt. Unabhängigkeit und Objektivität bleiben da oft auf der Strecke. Das elitäre, links-grüne Wochenblatt „DIE ZEIT“ belehrt uns regelmäßig über die angeblich „so schlimmen Folgen des Klimawandels und der Umweltzerstörung“, um dann aber auf der nächsten Seite für Luxusautos oder Weltreisen zu werben. Nach Artikel 5 des Grundgesetzes der BRD sind Meinungs- und Medienfreiheit garantiert – aber die DDR nannte sich auch demokratisch, ohne es je zu sein. Wer sich umfassend darüber informieren möchte, wie Politiker, Geheimdienste und Großkonzerne Deutschlands Massenmedien lenken, der lese das Mitte der 2010er Jahre erschienene, aber nach wie vor hochaktuelle Buch „Gekaufte Journalisten“ von Udo Ulfkotte. Ein gutes Beispiel für politische Abhängigkeit ist das 1961 gegründete Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF). Es fungierte zunächst als Sprachrohr der CDU sowie der mit dieser eng verflochtenen Katholischen Kirche. Wie beim Amerikanischen Hetzsender RIAS Berlin, wiegelte „das Zweite“ außerdem die DDR-Bürger auf. Symbolfigur dieser damals einseitig rechts-konservativen Ausrichtung war Gerhard Löwenthal, der „Karl-Eduard von Schnitzler des Westfernsehens“. Ab den späten 1990ern wandelte sich dieser von Zwangsgebühren finanzierte Staatssender um 180 Grad zum links-grünen Propagandasprachrohr. Sinngemäß gilt diese Entwicklung für alle öffentlich-schlechtlichen Sender, für deren Erhalt gern der Informations- und Bildungsauftrag angeführt wird. Ein Blick ins Programmheft aber zeigt: Die Bespaßung der Massen mit aufwändigen, teuren Unterhaltungs-, Volksmusik-, Quiz- und Sportsendungen sowie schmalzig-faden Serien und Krimis herrscht vor; und wenn Bildung und Dokus, dann dürfen darin Belehrungen über „den Klimawandel“ oder die „falsche Ernährung“, „die ach so guten USA“ und die „ach so bösen Schurken“ wie China, Russland oder Nordkorea, nicht fehlen. Eine Wiederholungssendung jagt die andere – weil sich so viele Sender einfach nicht mit qualitativ hochwertigen Inhalten füllen lassen.

Meinungsfreiheit in Deutschland, Toleranz, andere Sichtweisen akzeptieren und aushalten? Auf den Papier ja – in der Praxis zunehmend seltener. Ein beliebter Trick: Jede kritische Meinung zum Klimawandel, dem Umweltschutz, der Flüchtlingsproblematik oder der Energiewende wird sofort als „Rechts“ oder gar „Nazi“ stigmatisiert – mit der Folge, dass sich schon aus Karrieregründen kaum jemand traut, seine wirkliche Meinung zu äußern. Die öffentlich-mediale Hinrichtung von Donald Trump, Thilo Sarrazin oder Bernd Lucke belegt die Unfähigkeit der deutschen Massenmedien, sich objektiv und fair mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen. Gerade in der aktuellen Krise wären unabhängige Medien ein wichtiges Regulativ – wir werden sie noch schmerzlich vermissen.

Generation Leistungsverweigerer, Fun, Ecstasy und Kiffer – die deutsche Jugend des 21. Jahrhunderts

Frühere Umwälzungen gingen oft von der Jugend aus. Auf den ersten Blick schien das auch wieder so zu sein, als im Spätsommer 2018 Fridays for Future seinen Anfang nahm. Doch schon bald zeigte sich: Es war und ist eine Bewegung der bessergestellten Jugendlichen – vor allem aber von deren Eltern sowie den Eliten. Die Schule für den Umweltschutz schwänzen macht Spaß – aber wirklich ernsthaft die Umwelt zu schützen, indem man aufs Smart-Phone, die mindestens zweimalige Ferien-Flugreise pro Jahr, das kuschelig geheizte Kinderzimmer mit laufendem Computer, die Grillparty, die Marken-Klamotten oder die tägliche Fahrt zur Schule im Familien-SUV verzichtet, das geht dann doch nicht. Im Berufsleben möchte man ohne schmutzige Hände, einen krummen Rücken oder ein überanstrengtes Hirn auskommen – und Life-Balance sowie ein geregelter, zeitiger Feierabend sind sowieso das Wichtigste. Anstrengende Schulfächer verachtet man; es gehört zum guten Ton, in Mathe, Informatik, Naturwissenschaften und Technik unterbelichtet zu sein – man kann ja auch Künstler, Journalist, Umweltaktivist, Sozialwissenschaftler; Märchenerzähler oder Völkerkundler werden... . Dank dieser Lebenseinstellung wird auch die Entstehung des Fachkräfte-Mangels klar. Die Freizeit vertreibt man sich mit exzessiven Partys, bei denen Alkopops in Strömen fließen, reichlich Ecstasy-Pillen eingeworfen und Joints geraucht werden. Die ältere Generation, welche diesen Super-Wohlstand durch harte Arbeit erst ermöglichte, wird missachtet und als „Klimasünder“ verunglimpft. Nun wäre es ja unserer verhätschelten Jugend, welche an dieser Entwicklung keinesfalls alleine Schuld ist, zu wünschen, dass sich dieses süße Leben fortsetzt. Aber die aktuellen Krisen lassen Schlimmes befürchten – die Erosion unseres Wohlstands begann jedoch schon viel früher. Während die ältere Generation, besonders die aus Ostdeutschland, noch ein Leben mit Mängeln, Entbehrungen und Anstrengungen kennt und sich deshalb relativ gut mit dem aktuellen Niedergang arrangieren kann, dürfte der jungen Generation diese Anpassung deutlich schwerer fallen.

Noch eine Frage: Wie oft bezahlen wir den Ukraine-Krieg?

Mindestens zweimal, vielleicht aber auch endlos. Erstens müssen wir, wegen der misslungenen Energiewende, vorerst weiter russisches Gas beziehen und bezahlen – das künftige LNG-Gas vom „Großen Bruder“ aus Amerika wird dann noch deutlich teurer. Und zweitens leisten wir schon jetzt umfangreiche, teure Rüstungs-, Flüchtlings- und Kriegshilfen. Das ist übrigens für ein Land, welches im 20. Jahrhundert zwei Kriege gegen Russland führte, nicht nur finanziell, sondern auch moralisch bedenklich und politisch-militärisch höchst riskant – hoffen wir, dass es irgendwie noch gut ausgeht. Klar wird: Je mehr Kriegsgerät und Geld wir nach Osten lenken, desto länger wird dieser Krieg dauern; denn noch macht keiner der zwei korrupten Osteuropa-Millionäre Anstalten, aufzugeben. Aber mit jedem Kriegstag leidet die Bevölkerung mehr, steigen die Opferzahlen,

werden Wirtschaft und Infrastruktur weiter zerstört. Und damit verschlechtern sich auch unsere Zukunftschancen mehr und mehr, denn wir sind nun in einen schmutzigen Krieg verwickelt, in dem eigentlich beide Seiten gestraft werden sollten. Wer gewinnt den Krieg? Es scheint, das Ganze könnte, so wie die schrecklichen Jugoslawien-Kriege der 1990er Jahre, sehr lange dauern. Am Ende gibt es keinen Sieger – nur Verlierer. Das Anti-Kriegslied „99 Luftballons“ (Nena, frühe 1980er Jahre) lässt grüßen... .

Wandel durch Handel – ein kurzer Rückblick macht (etwas) Hoffnung

Den meisten Lesern wird der Begriff „Erdgas-Röhren-Geschäft“ unbekannt sein, und unsere Politiker werden sich, da sie ja allesamt als Gutmenschen und Anti-Realisten die Ukraine unterstützen, nur ungern daran erinnern. Wikipedia schreibt dazu: „Die deutsch-sowjetischen Röhren-Erdgas-Geschäfte begannen am 1. Februar 1970 mit der Unterzeichnung dreiseitiger Verträge über die Lieferung von Großröhren durch bundesdeutsche Firmen, Erdgaslieferungen durch die Sowjetunion und Gewährung von Krediten durch westdeutsche Banken. Es sollten von Oktober 1973 an jährlich drei Milliarden Kubikmeter Erdgas geliefert werden, nach Ausbau des sowjetischen Pipelinenetzes mit 1,2 Millionen Tonnen Großröhren aus westdeutscher Produktion. Der Kreditvertrag wurde zwischen der Außenhandelsbank der UdSSR und der von einem Konsortium aus 17 Geldinstituten beauftragten Deutschen Bank abgeschlossen. Der „Röhrenkredit I“ hatte eine Laufzeit von 12 Jahren, war bis dahin das größte deutsch-sowjetische Finanzgeschäft und zu 50 Prozent durch die Hermes-Kredit-Versicherungs-AG besichert. Über ein derartiges Geschäft war bereits Ende der 1950er Jahre verhandelt worden, es scheiterte aber an dem 1962 von den USA durchgesetzten Röhren-Embargo. Nun lieferte die Mannesmann-Export GmbH gemeinsam mit der Thyssen Hütte an die Staatshandelsgesellschaft W/O Promsyrjoimport Großrohre, wie sie für die zu erwartenden klimatischen Verhältnisse noch nie zum Einsatz gekommen waren. Das Erdgas wurde bei Waidhaus in der Oberpfalz in das Netz der Ruhrgas AG und das MEGAL-Transportsystem eingespeist. Es folgten in den 1970er Jahren weitere Verträge nach diesem Muster von Dreiecksgeschäft, bis zum „Röhrenkredit V“ vom Januar 1978.“ Was lernen wir daraus? Russland, damals noch als Teil der Sowjetunion, lieferte selbst im kältesten Krieg der 1970er und 1980er Jahre zuverlässig Gas an den Westen. Egal, ob Putin nun an der Macht bleibt, oder nicht – früher oder später werden wir uns mit dem Riesenreich vor unserer Haustür arrangieren müssen. Wandel durch Handel ist da allemal besser, als ein neuer, ewiger Kalter Krieg.

Stefan Kämpfe, Diplomagraringenieur, unabhängiger Natur- und Klimaforscher

Empirische Beobachtungen und Messungen zeigen keinerlei Anzeichen für eine „Klima-Krise“

geschrieben von Chris Frey | 20. April 2022

Eine systematische Überprüfung von Klimatrends und Beobachtungsdaten durch einen renommierten Klimawissenschaftler hat keine Belege für die Behauptung einer Klimakrise ergeben.

In seinem jährlichen Bericht über den Zustand des Klimas untersuchte Ole Humlum, emeritierter Professor an der Universität Oslo, detaillierte Muster der Temperaturveränderungen in der Atmosphäre und den Ozeanen sowie Trends bei den Klimaauswirkungen. Viele dieser Muster zeigen keine signifikanten Trends und legen nahe, dass schlecht verstandene natürliche Zyklen im Spiel sind.

Und obwohl der Bericht eine leichte Erwärmung feststellt, gibt es keine Anzeichen für dramatische Veränderungen: Die Schneedecke ist stabil, die Meereisdecke erholt sich und die Sturmaktivität hat sich nicht verändert.

Professor Humlum sagte:

„Vor einem Jahr habe ich davor gewarnt, dass es sehr riskant ist, mit Hilfe von Computermodellen und unausgereifter Wissenschaft außergewöhnliche Behauptungen aufzustellen. Die empirischen Beobachtungen, die ich überprüft habe, zeigen eine sehr geringe Erwärmung und keinen Hinweis auf eine Klimakrise“.

Der Direktor des GWPF, Dr. Benny Peiser, sagte:

„Es ist außergewöhnlich, dass irgendjemand glaubt, es gäbe eine Klimakrise. Unsere jährliche Bewertung der Klimatrends dokumentiert Jahr für Jahr, wie wenig sich in den letzten 30 Jahren verändert hat. Der übliche Klima-Alarmismus wird hauptsächlich von den Computermodellen der Wissenschaftler angetrieben und nicht von Beobachtungsdaten.“

Ole Humlum: [State of the Climate 2021 \(pdf\)](https://www.thegwpf.org/publications/empirical-observations-show-no-sign-of-climate-crisis/)

Link:

<https://www.thegwpf.org/publications/empirical-observations-show-no-sign-of-climate-crisis/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Die geplatzte grüne Lebenslüge: Das Video einer Veranstaltung des Berliner Kreises in der Union

geschrieben von Prof. Dr. Horst-joachim Lüdecke | 20. April 2022

Das Video „*Energiesicherheit in Zeiten europäischer Konflikte und ideologischer Umwälzungen*“ spricht aus, was deutsche Politiker aller Couleur mit gesundem Restverstand schon längst wissen. Ob es zu den überlebenswichtig schnellen Konsequenzen führt, ist leider zu bezweifeln.

Hier das Video

Zusammenfassung der Fakten und erforderliche Maßnahmen

Auf Basis purer Ideologie und ohne jedwede ordentliche Sachbasis hat sich die deutsche Regierungspolitik seit Beginn der Regierung von Dr. Angela Merkel bis heute immer weiter in eine aussichtslose Situation der Energieversorgung hineinmanövriert. Die mit aller Kraft geförderten „neuen Energien“ Wind und Sonne tragen nämlich trotz extremer Naturzerstörungen durch aktuell bereits über 30.000 Windräder gerade einmal 5% zur deutschen Gesamtenergie bei. Dass diese Art der Stromerzeugung generell für hochentwickelte Länder ungeeignet ist, beginnt die gesamte „westlichen Welt“ allmählich zu begreifen. China, Indien, Russland, Afrika, Südamerika, aber auch die EU-Visegrad-Staaten wissen es schon länger.

Der deutschen Bevölkerung wurden bis heute durch Politik und eine absolute rot-grüne Mehrheit der deutschen Medien die Fakten über „neue Energien“ vorenthalten. Um den flatterhaften Strom (Fake-Power) aus Wind und Sonne überhaupt nutzbar zu machen, waren (ohne dass dies die Politik offen zu kommunizieren wagte) eine Unmenge von schnell reagierenden Gaskraftwerken und eine neue Gaspipeline „north-stream 2“ vorgesehen, die bei Flaute, Wolkenbedeckung bzw. nächtens Stromersatz schaffen sollten. Kohle- und Kernkraftwerke wurden auf der anderen Seite bedenken- und verantwortungslos nach und nach gesetzlich abgeschafft.

Der Hauptlieferant des Gases war und ist bis jetzt Russland, welches

unter Putin aktuell einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine führt.

Es ist inzwischen unstrittig, ausgenommen grüne Überzeugung infolge Realitätsverweigerung, dass eine plötzliche und dauerhafte Unterbrechung der russischen Gaslieferung zu einer unvermeidbaren Katastrophe für unser Land führen würde. Dies geht allein aus folgenden Zahlen hervor: 55% des deutschen Gasverbrauchs wird aktuell mit russischem Gas gespeist, 38% davon verbraucht die deutsche Industrie, der Rest verteilt sich auf Hausheizungen, Stromerzeugung etc. Die Folgen einer völligen Kappung russischen Gases kann durchaus mit der Situation Deutschlands im Jahre 1945 verglichen werden. Wir hätten mit einem Schlag Millionen von Arbeitslosen, die wichtigsten Industrietätigkeiten kämen zum Erliegen, es gäbe gefährliche Versorgungsengpässe, insbesondere auch in der Nahrungsbereitstellung von Supermärkten. Der zu erwartende Zerfall der öffentlichen Ordnung braucht dann kaum noch erwähnt zu werden.

Eine dauerhafte Unterbrechung russischer Gaslieferungen wäre durch folgende Ereignisse bzw. Maßnahmen zu befürchten, die fatalerweise der Realität immer näher kommen:

- Russland setzt seine potentielle energiepolitische Waffe des Absperrens der deutschen Gasversorgung von sich aus ein. Dies würde wohl auch das Absperren russischer Kohle und russischen Erdöls bedeuten.
- Deutschland schließt sich extremen Steigerungen der Sanktionen gegen Russland an, mit der absurden Konsequenz, damit von selbst jede weitere Gaslieferung aus Russland zu beenden.

Es steht EIKE und den Autoren dieser Zeilen nicht an, diese denkbaren politischen Entwicklungen zu kommentieren oder gar zu bewerten. Es ist lediglich daran zu erinnern, dass Deutschland an erster Stelle aller europäischen Länder gefährdet ist. Polen beispielsweise setzt dagegen immer noch voll auf Kohle, indem es sich Jahre lang klugerweise dem Druck der Brüsseler CO₂-Jakobiner entzog, inzwischen dediziert nach Kernenergie strebt und längst für Ersatz russischen Gases aus Norwegen gesorgt hat. Dann lassen sich natürlich entspannt härtere Sanktionen gegen Russland fordern.

Alle Maßnahmen, den Ausfall russischer Gaslieferungen durch neue Lieferanten auszugleichen, haben technisch bedingt nicht abzukürzbare Vorlaufzeiten, die in Jahren zählen – selbst dann, wenn die deutsche Politik unverzüglich und mit allen Mitteln handeln würde. Aber auch die Kosten wären extrem, denn das hier wohl allein in Frage kommende LNG-Gas aus den USA ist drei Mal so teuer wie russisches Erdgas. Der Ausgleich fehlenden russischen Erdöls und russischer Kohle wäre im Gegensatz zum Gas zwar schwierig, aber immerhin in erträglichen Vorlaufzeiten ohne katastrophale Folgen vielleicht machbar. Hier würde die deutsche Braunkohle eine Schlüsselstellungen einnehmen.

„Was können wir tun“?

Das Prinzip „hoffen und abwarten“ wäre die nicht ganz unwahrscheinliche Spekulation, dass Russland mit dem Blick auf die Zeit nach dem Krieg nicht von sich aus einen totalen Lieferstopp anordnet. Eine vernünftige deutsche Handlungsoption ist dieses Prinzip natürlich nicht.

Deutschland ergreift deswegen unverzüglich folgende Maßnahmen, denn jeder verlorene Monat verursacht Milliarden Schäden:

- Erhalt und Ertüchtigung bestehender Kohlekraftwerke, ferner sofortiger Neubau von modernen Braunkohle- und Steinkohle-Kohlekraftwerken – mit carbon capture und storage Technologie (CCS), wenn dies denn politisch zur Wahrung grüner Weltrettung sein muss.
- Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke und Wiederbelebung der letztes Jahr abgeschalteten drei Anlagen. Prüfung des Kaufs neuer KKW im Ausland (z.B. USA, China, Korea, Frankreich) und vor allem sofortiges Wiedereinsteigen in die Forschung an der neuen Generation IV von Kernkraftwerken wie zum Beispiel am Konzept des Dual Fluid Reaktors.

In diesen Fällen sind die zugehörigen Gesetze des Kohle- und Kernenergieausstiegs sowie des Verbots von CCS vom Gesetzgeber zu kassieren. Zumindest kann der grünen Gesichtswahrung wegen der Kohle- und KKW-Ausstieg auf wesentlich längere Zeitspannen ausgedehnt werden, so dass die heutigen Verantwortlichen längst ihr Pensionsalter erreicht haben, oder sogar nicht mehr leben und damit wieder Vernunft anstelle von Ideologie in der deutschen Politik zum Zuge käme.

Was Gas angeht, ist zu betonen, dass wir heimische Quellen haben, die aber nur zu winzigen Teilen genutzt werden. Deutschland fördert nach wie vor, wenn auch mit abnehmender Tendenz, Erdgas nach konventionellen Methoden. Die geförderte Menge liegt aktuell bei ca. 4,75 Mrd m³, deckt also nur rd. 5 % des Bedarfes an Erdgas und lässt sich wegen der Erschöpfung der Quellen bzw. der Kosten für bessere Fließwege nur mit mehr Aufwand steigern, dann aber deutlich. Mittels Einsatz der bekannten Technik beim Schaffen besserer Fließwege ließe dessen Anteil auf ca. 10 – 15 % anwachsen, also verdoppeln oder verdreifachen. So teilte es der Direktor des Instituts für Bohrtechnik und Fluidbergbau an der TU Bergakademie Freiberg, Prof. Moh'd Amro, der WiWo in einem Interview kürzlich mit.

Noch besser ist die Situation bei der Gewinnung von Erdgas mittels unkonventioneller Methoden (Fracking). Dafür gibt es Vorräte bis zu 2.340 Mrd. m³ gemäß einer Untersuchung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), hier und hier. Hinzu kämen die förderbaren Mengen aus Kohleflözen, von denen bis zu 450 Mrd. m³ förderbar wären. Diese Mengen würden ausreichen, die russischen Lieferungen für knapp 50 Jahre zu ersetzen. Das wichtigste daran ist natürlich, die Förderung innerhalb von nur 6 bis 12 Monaten zu beginnen

und danach schnell zu steigern. Die Erhöhung der Förderung aus konventionellen Quellen ist sogar innerhalb weniger Wochen machbar, wie es der oben schon genannte Experte Amro unlängst ebenfalls in einem Beitrag für die Wirtschaftswoche ausführte. Zusammengefasst ist festzustellen, dass Deutschland ohne große Verrenkungen seinen russischen Anteil an Erdgaslieferungen innerhalb weniger Wochen reduzieren und dann Schritt für Schritt sogar auf Null bringen könnte. Natürlich ist auch für das Fracking die Gesetzeslage entsprechend zu ändern.

Letzter nicht zu vergessender Punkt sind „Klimaschutz-“ und Energiewende-Maßnahmen, die Deutschland Jahr für Jahr in der Größenordnung von 20-30 Milliarden Euro Kosten verursachen – und dies ohne irgend einen Gegenwert. 5% der Primärenergie aus Wind und Sonne, die nur mit aufwendigen Redispatch- und Abregelungsmaßnahmen unter hohen Zusatzkosten brauchbar ins Netz gelangen, die extremen Natur- und Landschafts-Schädigungen durch Windräder und die steigende Blackout-Gefahr sind insgesamt alles Andere als ein Gegenwert und erfordern bei gesundem Verstand sofortiges Beenden des gigantischen Energiewende- und „Klimaschutz“-Unsinn.

- Die an DDR-Zeiten erinnernde Energie-Planwirtschaft Deutschlands ist zu beenden, und die „Neuen Energien“ sind ganz einfach dem freien Markt zu überlassen – mit der Zulassungseinschränkung, dass ihr Strom bedarfsgerecht geliefert wird und sie strengsten Naturschutz erfüllen. Infolgedessen ist die aktuelle juristische Aufweichung des Naturschutzes zum Zweck weiteren Windradausbaus wieder durch wirklichen Naturschutz zu ersetzen, der keine Ausnahmen für ideologische Verirrungen wie „Rettung des Globalklimas“ zulässt (nebenbei: ein globales Klima gibt es nicht, nur Klimazonen von tropisch bis polar).
- Die Energiewende und alle Subventionen für „neue Energien“ sind durch entsprechende Gesetzesänderungen zu beenden. Dazu gehört auch die Zurückweisung entsprechender EU-Vorschriften zur CO₂-Vermeidung, zum CO₂-Emissionshandel und weiterer Fehlentwicklungen. Die Verweigerung Deutschlands von EU-Strafzahlungen infolge zu hoher CO₂-Emissionen ist dringend angebracht, denn der Anstoß zu „Klimaschutz“ und all der sich weiter daraus ergebende Abersinn kommt letztlich aus Brüssel. Deutschland als größter Nettoeinzahler der EU hat ausreichendes Schwergewicht für eine solche Zurückweisung und damit für die Wiedererstarkung des Subsidiaritätsprinzips. Es muss dieses Gewicht zur Wahrung seiner Interessen aber auch einsetzen! Nicht nur die Entscheidung für oder gegen CO₂-Vermeidung, auch viele andere Maßnahmen sollten übrigens in Befolgung des Subsidiaritätsprinzips, das bei Gründung der EU ausdrücklich vorgesehen war, Brüssel entzogen und wieder den Nationalstaaten vorbehalten bleiben (hier).
- Die EU ist leider zu einem sozialistischen Bürokratiemonster verkommen, welches sogar schon italienische Ziegenhirten dazu

zwingt, ellenlange Zulassungsbestimmungen für ihre Arbeit zu befolgen und zu dokumentieren. Die EU ist für alle von uns ein zu hohes Gut, um sie zu einer Spielwiese für sadistische Brüsseler Bürokraten, für Ökosozialisten, für bürokratische Behinderungen der selbst gestalteten wirtschaftlichen Entwicklungen ihrer Mitgliedsstaaten und für Gelddruckorgien der EZB verkommen zu lassen. Die aktuelle Krise wäre ein guter Anlass, die EU wieder auf den Weg zurück führen, der von ihren Gründervätern vorgesehen war.

Schlussendlich muss durch die gesetzlich vorgeschriebene Informationspflicht der deutschen Regierung und deutscher Medien die Bevölkerung über die fachwissenschaftlichen Ungewissheiten des Klimawandels (natürliche Klimavariabilität oder anthropogen) neutral aufgeklärt werden wie beispielsweise über die mehrere 100% Unsicherheit der Klimasensitivität (Quellen IPCC und Klimafachliteratur), über die Unverhältnismäßigkeit von „Klimaschutz“ bei unseren praktisch nichts bewirkenden 2% Anteil an den CO₂-Emissionen aller Länder, über unsere Stellung in der Spitzengruppe der Länder mit den besten Quotienten von Produktivität zu CO₂-Emissionen (s. das hier besprochene Video) und über die segensreiche Rolle des anthropogenen CO₂ beim Zurückdrängen von Wüsten und bei besseren Ernten von Nahrungspflanzen (hier), um nur wenige stellvertretende Beispiele zu nennen. Deren Nennung ist leider immer noch mit einem Tabu belegt. Unter diesen neuen Umständen werden dann auch wieder freie Fachdiskussionen in Universitäten sowie populäre Diskussionen in den rechtlich-Öffentlichen Talkshows stattfinden, aus denen neutrale Klima- und Energie-Experten nicht mehr verbannt sind.

Es ist leider zu erwarten, dass die hier geschilderten Maßnahmen der reinen Vernunft erst dann erfolgen, wenn es endgültig zu spät ist, denn es ist bereits jetzt schon zu spät. Leider gibt es keine Haftung für unverantwortlich handelnde politische Mandatsträger. Dann nämlich hätte sich der von irregeleiteten Ideologen verantwortete Spuk von „Klimaschutz“ und Energiewende erst gar nicht durchgesetzt, und die Verantwortlichen säßen wegen unterlassener Hilfeleistung längst im Gefängnis.

Horst-Joachim Lüdecke und Michael Limburg, April 2022